

Statement

zum Aufruf „Solidarität herstellen – Investitionen ermöglichen“

Stefan Körzell

DGB-Vorstandsmitglied

Bundespressekonferenz, 5. November 2014

in Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

den gemeinsamen Aufruf „Solidarität herstellen – Investitionen ermöglichen“, den der DGB, die Diakonie, der Deutsche Kulturrat und der Paritätische Gesamtverband Ihnen heute vorstellen, tragen außerdem auch der Sozialverband VdK und die Volkssolidarität.

Wie Sie wissen, befinden sich Bund und Länder derzeit in Verhandlungen zur Neuordnung ihrer Finanzbeziehungen. Obwohl es hierbei um nicht weniger als die dauerhaft tragfähige Finanzierungsgrundlage von Bund, Ländern und Gemeinden geht, entzieht sich dieser Aushandlungsprozess bisher weitgehend dem Blick der Öffentlichkeit. Man kann auch von Geheimverhandlungen sprechen. Sofern überhaupt etwas nach außen dringt, ist derzeit nicht erkennbar, dass am Ende ein Ergebnis stehen wird, das dem grundgesetzlichen Gebot zur Wahrung einheitlicher Lebensverhältnisse im Bundesgebiet auch wirklich Rechnung trägt. Im Wesentlichen wurde bisher nur über eine andere Verteilung des Mangels verhandelt. Weil dies ganz und gar nicht ausreicht, ist unsere Sorge Anlass dafür, mit diesem Appell an die Öffentlichkeit zu gehen.

Unsere Kernforderungen:

1. Es hat bisher weder eine ehrliche Bestimmung der notwendigen Aufgaben der verschiedenen staatlichen Ebenen in diesem Prozess stattgefunden, noch ist eine angemessene Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit von Bund, Ländern und besonders der Kommunen zu erkennen. Das muss sich grundlegend ändern!
2. Mit dem Solidaritätszuschlag besitzt der Bund ein gutes Instrument, das es konsequent und in ganzem Umfang zur Unterstützung strukturschwacher Regionen in ganz Deutschland einzusetzen gilt. Wir plädieren für eine Beibehaltung und Weiterentwicklung in diesem Sinn.
3. Einen dauerhaft tragfähigen Kompromiss kann es nur geben, wenn die Altschulden der Länder solidarisch und damit auch zu günstigen Konditionen abgetragen werden. Deswegen halten wir die Bildung eines Altschuldenfonds für sinnvoll.
4. Wir verlangen von der Bundesregierung, dass sie den Kommunen in vollem Umfang die nötigen Gelder bereitstellt, die für die durch Bundesgesetze zugewiesenen Aufgaben gebraucht werden. - Wer bestellt, muss auch bezahlen. Was wir hingegen ablehnen, ist ein sich schon heute abzeichnender Marsch von einem Steuer- hin zu einem Gebührenstaat. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben müssen auch gesamtgesellschaftlich getragen werden. Sie dürfen nicht über Gebühren nur auf jene abgewälzt werden, die auf ihre Inanspruchnahme angewiesen sind.
5. Schließlich haben wir auch die Einnahmeseite nicht vergessen. Wir verlangen, dass im Rahmen der Neuordnung der Finanzbeziehungen der Steuervollzug durch die Schaffung und Einhaltung bundeseinheitlicher Standards bei der Personalausstattung wie auch bei der Rechtsanwendung verbessert wird.

Es gilt das gesprochene Wort!

Für den DGB füge ich hinzu:

In Anbetracht von Schuldenbremse und unzureichenden Steuereinnahmen steigt für Bund und Länder die Versuchung, gesamtgesellschaftliche Aufgaben vermehrt durch einen Griff in die Kassen der Sozialversicherungen zu finanzieren. Davor warnen wir.

Die Gewerkschaften stehen unmittelbar in der Pflicht, wenn es darum geht, die Interessen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu wahren.

Deutschland braucht einen handlungsfähigen Staat, der die öffentliche Daseinsvorsorge gewährleistet, in die Infrastruktur investiert und über die Durchsetzungsmacht verfügt, auch langfristige gesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen.

Im Folgenden werden Ihnen Herr Lilie, Herr Zimmermann und Herr Dr. Schneider noch Erläuterungen zur Notwendigkeit sozialer Infrastruktur, zur kulturellen Daseinsvorsorge und zur Gegenfinanzierung durch eine solidarische Steuerpolitik geben.